Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

Hoffnungsträger Industrie

Die Hoffnung auf eine konjunkturelle Trendwende in 2021 hat sich bisher nicht erfüllt. Im Gegenteil: Das BIP ist laut Frühjahrsgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute im ersten Quartal um 1,8 % gesunken. Damit hat sich die Talfahrt nach dem Minus von 4,9 % in 2020 fortgesetzt. Für das laufende Jahr erwarten die Institute nun eine Erholung der Wirtschaftsleistung um 3,7 % unter der Voraussetzung zunehmender Lockerungen ab Mai. Hoffnungsträger ist und bleibt die Industrie, deren Auftragseingang laut BDI bereits wieder über Vor-Corona-Level liegt. Der Verband hat seine Exportzuwachsprognose für 2021 von 6 auf 8,5 % erhöht. Dagegen hat der BDI seine Vorausschau auf die BIP-Entwicklung wegen der besonders stark vom Lockdown betroffenen Branchen – von 3,5 auf 3 % gesenkt. Erforderlich seien jetzt zielgerichtete Wachstumsimpulse wie eine höhere Verlustverrechnung, Sonderabschreibungen für Investitionen und der Ausbau der steuerlichen Forschungsförderung. Als Worst Case gilt die Einführung verschärfter Lockdown-Regeln auch für Industriebetriebe. Bund, Länder und Gemeinden sollten nun konsequent der Erkenntnis Rechnung tragen, dass schnelles und flächendeckendes Impfen aktuell die bestmögliche Wirtschaftspolitik verkörpert.

Exzessive Staatsverschuldung

Der Bundesrechnungshof bestätigt immer wieder ebenso unerschrocken wie überzeugend seinen politischen Auftrag als unabhängiges Kontrollorgan. So hat er kürzlich in ungewöhnlicher Deutlichkeit vor den Konsequenzen und Risiken der ideologisierten Energiewende gewarnt. Jetzt verweist der BRH auf die Gefahren der explodierenden Staatsverschuldung vor dem Hintergrund der Corona-Krise. Der Bundesfinanzminister will zwischen 2020 und 2022 neue Kredite in Höhe von 450 Mrd. Euro zur Bekämpfung der Pandemiefolgen aufnehmen. Diese Summe entspricht fast der Hälfte der Staatsschulden, die der Bund in den 70 Jahren davor angehäuft hat. Nach Meinung des BRH wird es ohne strukturelle Reformen nicht gelingen, die finanziellen Corona-Folgen zu bewältigen. Schon jetzt seien die Lücken in der Finanzplanung viel größer, als die im März vom Bundeskabinett verabschiedeten Eckwerte erkennen ließen. Ausdrücklich widerspricht der Rechnungshof der Prognose des Internationalen Währungsfonds, dass der Anteil der Staatsschulden am deutschen BIP bis 2025 wieder unter die Maastricht-Marke von 60 % fallen werde. Schon jetzt fordert der BRH die nächste Koalitionsregierung auf, als erste Maßnahme einen Kassensturz durchzuführen. Und er wendet sich gegen die von immer mehr Politikern geforderte Aufgabe der Schuldenbremse, um eine Überforderung künftiger Generationen zu verhindern. Die FAZ wirft dem Bundesfinanzminister übrigens in einem Kommentar vor, gegenüber der Öffentlichkeit bewusst die wahre Lage der Staatsfinanzen zu verschleiern.

„Wut und Verzweiflung"

Massive Kritik hat der Verband der Familienunternehmen bei einem virtuellen Treffen mit dem Bundeswirtschaftsminister vorgetragen: „Die Politik ist in der Corona-Krise festgefahren, sonst würde man nicht über immer neue Lockdown-Varianten fabulieren. Gleichzeitig passiert an den wichtigen Stellschrauben Testen, Impfen und Nachverfolgung zu wenig." Jeder Tag des Lockdowns treibe weitere verzweifelte Unternehmer in die Insolvenz. Deswegen müsse sich die Regierung mehr für Lockerungen als für weitere Lockdowns einsetzen. Die „Wirtschaftswoche" merkt an: „Die Geduld vieler Unternehmer ist ebenso aufgebraucht wie das Geld. Das Einzige, das angesichts des politischen Missmanagements noch wächst, sind Wut und Verzweiflung in den Betrieben." Wie die Faust aufs Auge passt in dieses ohnehin triste Gesamtbild der Regierungsbeschluss, den Unternehmen eine Testpflicht für ihre Mitarbeiter mit voller Kostenübernahme aufzuerlegen. Daraus resultieren für die Betriebe zusätzliche Kosten von monatlich über 7 Mrd. Euro. Die FAZ fragt rhetorisch, warum die Politik derartige Tests nicht zuerst einmal in der staatlichen Verwaltung einsetze.

Kalte Enteignung

Das eingangs erwähnte Frühjahrsgutachten prognostiziert für 2021 einen Anstieg der Verbraucherpreise um 2,4 %. Damit würde das von der eigentlich der Preisstabilität verpflichteten EZB vorgegebene Inflationsziel von „rund 2 %" erstmals deutlich überschritten. Die deutschen Sparer haben ihre Guthaben – trotz oder wegen Corona – im vergangenen Jahr auf neue Rekordwerte erhöht. Nach Angaben der Bundesbank sind die Bankeinlagen der Privathaushalte von Januar 2020 bis Januar 2021 um 182 Mrd. auf 1,73 Billionen Euro gestiegen. Derzeit verlangen hierzulande inzwischen 300 Banken und Sparkassen ein sogenanntes „Verwahrentgelt" von meist 0,5 %, dessen Berechtigung mit den von den Banken an die EZB abzuführenden Einlagezinsen begründet wird. Aus der Addition von Inflationsrate und Strafzinsen ergibt sich nach Adam Riese ein finanzieller Aderlass um 2,9 % p. a. Mit anderen Worten: Ein Sparer, der seiner Bank 100.000 Euro mit dem Ziel der Kapitalmehrung anvertraut hat, muss nach zehn Jahren eine faktische Enteignung um fast ein Drittel seiner Einlage, also knapp 30.000 Euro, zur Kenntnis nehmen. Nur am Rande: In früheren Zeiten wurde Sparen volkswirtschaftlich als Konsumverzicht definiert, der durch positive Zinsen zu prämieren war. Die ritualisierte Standardempfehlung der Banken, zur angeblichen Vermeidung von Inflation und Strafzinsen Aktien, ETFs und Fonds zu kaufen, könnte sich spätestens beim nächsten Crash als fatale Scheinalternative erweisen.